Redaktion und Verlag
von R. Hahn, Kirchplatz Nr. 3.
Druck der Graßmann'schen Buchdruckerei.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Kirchplatz 3 und
Schulzenstraße 17 bei O. H. T. Poppe.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr.
monatlich $12\frac{1}{2}$ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 190. Abendblatt. Montag, den 26. April 1869.

Norddeutscher Reichstag.

26. Sitzung vom 24. April.

Präsident Dr. Virchow eröffnet die Sitzung um $11\frac{1}{4}$ Uhr.

Am Tische der Bundeskommissarien: Präsident Delbrück, Kontre-Admiral Jachmann, General-Post-Direktor v. Philipsborn, hessischer Legationsrath Hoffmann ꝛc.

Der Präsident theilt mit, daß der Abg. Prinz Handjeri in das Haus eingetreten sei.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Berathung über den Gesetzentwurf, betreffend die Portofreiheiten im Gebiete des norddeutschen Bundes, in Verbindung mit den bekannten Anträgen der Abgg. Grafen Renard und Dr. Becker.

Nachdem der Bundeskommissar v. Philipsborn eine kurze Darlegung der Motive zu dieser Vorlage gegeben, weist Abg. Becker darauf hin, daß das Verhältniß der Post gegenwärtig noch so wenig klar sei, daß es wohl nothwendig sei, daran zu erinnern, daß die Post, auch wenn sie keinen Ueberschuß für die andern Verwaltungszweige liefere, doch ganz unendlich Großes leiste. Wenn man die Rechnung vergleicht, wie die Leistung der Post sich stelle zu den Leistungen des Publikums, so finde man, daß die nicht bezahlbaren Dienste der Post riesig wachsen im Gegensatz zu den bezahlten und dies sei der Grund, weshalb er seinen Antrag auf Aufhebung der Portofreiheit gestellt habe. Die Zunahme der portofreien Korrespondenz sei um so auffälliger, als sie steige mit der Ermäßigung des Portos, es müsse also die Zunahme in dem Reiz der Portofreiheit selbst liegen. Der Redner erläutert dies durch eine Reihe von Beispielen unter Anführung verschiedener statistischen Notizen. Er verweist dabei auf die Telegraphie und hebt hervor, daß die Privat-Telegramme stets kürzer seien, als die sogenannten amtlichen und nicht bezahlten. Die portofreien amtlichen Depeschen sollen rein dienstliche Angelegenheiten betreffen und er wisse nicht, ob es eine dienstliche Angelegenheit sei, wenn ein Landrath aus Berlin an seinen Kutscher telegraphire, daß er ihm Equipage schicken solle. (Heiterkeit.) Eine fernere Gruppe sei die Telegraphenfreiheit der deutschen Fürsten. Es werde dabei alles frei telegraphirt, was die Beamten aus der Umgebung und was der Hofstaat aufgebe. (Hört! hört!) Wenn der Koch des Prinzen so und so viel Petersilie haben müsse, so telegraphire er frei. Er selbst wurde einmal gezwungen, mit einer dringlichen Depesche zu warten, weil der Koch an einen Polizei-Präsidenten telegraphirte, ihm für einen Thaler einen Fisch zu senden. (Heiterkeit.) Für den wirklichen Staatsdienst bleibe nur eine außerordentlich geringe Summe. (Sehr wahr!) Diese Dinge müßten bei dieser Gelegenheit auch in Betracht gezogen werden weshalb er die Ueberweisung an eine Kommission empfehle. Er habe nicht Zeit genug gehabt, den genealogischen Kalender nachzusehen, wie viele Prinzen und Prinzessinnen in Norddeutschlands existirten; wenn er nicht irre, seien unter Lippe allein 60 Prinzen und Prinzessinnen. (Heiterkeit.) Sollen alle diese Personen Telegraphen- und Portofreiheit haben, so würde die Post ꝛc. nach wie vor unentgeltlich arbeiten müssen. (Beifall.)

Bundeskommissar v. Philipsborn: Er sei nur Vertreter der Post und könne den Darlegungen des Vorredners augenblicklich nicht folgen. Er rechtfertigt die vom Abg. Becker angegriffenen Ansätze des Postetats. Es sei auf eine Steigerung von 20 Prozent gerechnet, weil nach einer großen und ähnlichen Reform in England die Steigerung der Korrespondenz 122 Prozent betragen habe. Wenn dessen ungeachtet nur 9 Prozent eingegangen seien, so könne man doch aus diesen Zahlen sich selbst ein Urtheil bilden, daß der Postetat selbst nicht zu hoch gegriffen sei.

Abg. Twesten befürwortet die zweite Berathung der Vorlage im Plenum. Er empfiehlt die Portofreiheit der Behörden unter einander beizubehalten. Es sprächen dafür sehr überwiegende Gründe und ein Mißbrauch sei sehr schwer. Ein niederer Gesichtspunkt sei die Entschädigung. Ueberall da, wo nicht durch Gesetz, sondern durch Verfügung der Verwaltungsbehörde Portofreiheit ertheilt worden, da sei die Gesetzgebung vollkommen berechtigt, durch einen Akt ihrerseits solche Verfügungen lediglich aufzuheben und dabei könne nicht die Rede von einer Entschädigung sein. Ein Anspruch auf Entschädigung sei nur vorhanden, wo die Portofreiheit auf einem zweiseitigen Vertrage beruhe.

Bundeskomm. v. Philipsborn: Bei der Korrespondenz in Dienstsachen handle es sich nicht blos um die Korrespondenz mit Behörden, sondern auch mit Privatpersonen und es würde ein großer Theil dieser Korrespondenz anders abgewickelt, wenn sie nicht mehr portofrei befördert würde. Die Verwaltung sei darauf vorbereitet, besondere Briefmarken fertigen zu lassen, welche nur für die Staatsdienst-Korrespondenz bestimmt seien.

Abg. Löwe: Für eine durchgreifende Reform habe der Vertreter des Bundesraths selbst die beste Handhabe gegeben. Das Porto kontrolire sich besser, als die Signatur. Abg. Twesten habe selbst verschiedene Dinge berührt, welche nur an der Hand des statistischen Materials erledigt werden könnten. Er sei deshalb für Ueberweisung an eine Kommission. Präsident Delbrück erklärt, daß Art. 4 der Bundesverfassung es verhindert habe, auch schon ein Gesetz wegen Aufhebung der Telegraphen-Freiheit vorzulegen. Es liege aber auch dies in der Absicht des Bundesraths.

Nach kurzen Bemerkungen der Abg. Fries und v. Benda wird abgestimmt und die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission abgelehnt.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Berathung des Etats für 1870. I. Fortdauernde Ausgaben. Kap. 6. Militärverwaltung.

Abg. v. Hoverbeck: Die Bundesverfassung giebt uns hier nur das Recht der Kenntnißnahme. Wir achten die Bundesverfassung auch in diesem Punkte. Bei unserer Auffassung von der Stellung einer Landesvertretung werden wir die einzelnen Punkte des Etats einer Betrachtung weiter nicht unterziehen. Wir wollen nur andeuten, daß wir nach unserer Ueberzeugung in der Höhe dieses Etats die hauptsächlichste Quelle der Verlegenheiten sowohl des preußischen Staates, wie des norddeutschen Bundes erblicken. Nicht blos die Millionen erscheinen uns schädlich, sondern namentlich der Verlust der Arbeitskraft. Alle industriellen Zweige leiden unter dem gemeinsamen Druck. Die einzigen Gewerbe, welche floriren, sind die Waffenfabrikation und die transatlantische Schifffahrt zur Beförderung von Auswanderern. (Sehr richtig!) Unser Hauptmittel besteht in der Reduzirung des stehenden Heeres und in der Einführung einer zweijährigen Dienstzeit. (Sehr wahr!) Wenn uns hierbei Mangel an Patriotismus vorgeworfen wird, so besteht unser Patriotismus allerdings nicht darin, bei gewissen Festen schwarz-weiße Fahnen aufzustecken und glänzende Illuminationen zu machen, sondern er besteht darin, für die Wohlfahrt des Volkes zu sorgen. Durch Verhandlungen mit andern Staaten würde wohl eine Gleichheit in der Entwaffnung angebahnt werden, sollte dies aber nicht angehen, so erklären wir, daß wir der Meinung sind, der norddeutsche Bund ist im Stande, einseitig mit der Entwaffnung vorzugehen; unsere Militärorganisation macht es möglich, in kurzer Zeit wieder bewaffnet dazustehen. Es giebt noch einen andern höhern Ruhm, als den kriegerischen und die Nachwelt wird die Palme demjenigen reichen, der es versteht, dem Volke den inneren Frieden zu geben. (Beifall.)

Abg. Twesten macht einige Ausstellungen zu dem Etat und führt aus, daß die Militärverwaltung sich werde entschließen müssen, durch lange und zahlreiche Beurlaubungen Ersparnisse herbeizuführen.

Bundeskommissar Generalmajor v. Podbielski wiederlegt die Ausführungen.

Abg. Stephani richtet eine Anfrage in Betreff der Bevölkerungsverhältnisse an den Bundesrath.

Präsident Delbrück erwidert, daß die Bundesverfassung den Militärstand des norddeutschen Bundes auf 1 pCt. der Bevölkerung festgesetzt habe. Die Volkszählung sei im Jahre 1867 erfolgt, und man habe dann die sogenannte Zollvereinsbevölkerung angenommen, wie sie vom Zollverein für die Einnahme an den Zöllen berechnet worden sei. Für die Berechnung der Matrikularbeiträge habe man diese Zahl nicht zu Grunde legen können. Man sei hierbei übereingekommen, die staatsangehörigen Ortsanwesenden anzunehmen, die bestimmt festzustellen seien. Hieraus erkläre sich die Verschiedenheit der Grundsätze zwischen beiden Berechnungen.

Abg. Bebel: In dem Budget werde eine Ausgabe der norddeutschen Bevölkerung von 74 Millionen für Militär und Marine zugemuthet, pro Kopf von 2 Thlr. 14 Sgr., d. h. eine Ausgabe für völlig unproduktive Zwecke. Die Militärlasten sollten nach der Einigung leichter werden, trotzdem seien seit dem Jahre 1866 die Militärlasten von Jahr zu Jahr gestiegen, nur der Aufschwung der Gewerbe lasse auf sich warten, er werde noch lange auf sich warten lassen. In Süddeutschland möchte man lieber heute wie morgen das Verhältniß lösen, in welches es im Jahre 1866 gewaltsam hineingedrängt sei. Es könne jetzt gar nicht an Entwaffnung gedacht werden.

Damit ist die allgemeine Besprechung dieses Etats erledigt.

Es wird demnächst zur Berathung der einzelnen Positionen übergegangen.

Bei Tit. 25 (Bekleidung der Armee) spricht Abg. Braun (Wiesbaden) von der Lieferung der Stoffe. Er tadelt die Art des Einkaufes derselben und wünscht, für diesen Zweck die Einrichtung einer Centralstelle.

Der Bundeskommissar Kriegsminister v. Roon erwidert, daß der Weg der Submission vorgeschrieben sei und dieser Weg sei durch das Bedürfniß hervorgerufen, und als der zweckmäßigste gekennzeichnet. Um die Lieferungen für die einzelnen Truppentheile bewarben sich die größten Handlungen, gegen Uebervortheilung seien die Truppentheile vollständig sicher gestellt.

Abg. Braun (Wiesbaden): Er habe nicht gegen die Submission überhaupt, sondern nur gegen die kleineren Submissionen der einzelnen Truppentheile argumentirt. Im Großen und Ganzen kaufe man bedeutend billiger.

Die einzelnen Positionen des Etats rufen weitere Debatten nicht hervor.

Der Etat schließt ab: die Einnahme mit 66,699,765 Thlr., und in Ausgabe mit 65,565,955 Thlr. und in einmaliger und außerordentlicher Ausgabe 1,133,810 Thaler.

Es folgt Kapitel 7. Marine-Verwaltung.

Mit diesem Etat wird zugleich die Berathung des Gesetzentwurfes wegen des außerordentlichen Kredits für die Marine verbunden.

Abg. Wehrenpfennig: Er werde für die Bewilligung der Marineanleihe von 7 Millionen stimmen, indem er dem Abgeordneten v. Hoverbeck gegenüber bemerke, daß es besser sei, wenn man den alten Traditionen Friedrich des Großen folge, der dem Deiniger zurief: toujours en vedettes. Er sei der Ansicht, daß der norddeutsche Bund, der allerdings jetzt nur eine defensive Politik verfolge, auch berechtigt sein müsse, sich zu bewaffnen und sich zu sichern gegen das, was kommen könne. Er wisse wohl, daß die Marine dabei nur eine untergeordnete Rolle spiele, aber sie sei das Lieblingskind der Nation. Er wolle nur einige Sorgen und Bedenken zur Sprache bringen, welche er in Bezug auf die Entwaffnung der Marine habe. Der Redner beleuchtet demnächst den Flottenplan, die Ausführungen desselben, und ist der Ansicht, daß man dahin kommen müsse, die großen Ideale bei der Flotte bei Seite zu setzen und sich zu beschränken auf die Küstenvertheidigung.

Abg. v. Hoerbeck: Der Vorredner habe den Schatten Friedrich des Großen heraufbeschworen. Derselbe kehre leider nicht wieder. Er wolle aber den Ausspruch eines großen Generals entgegen halten, der da sagte: Derjenige gewinnt den Krieg, der den letzten Thaler in der Tasche hat. Der Plan für eine Marine könne nicht auf mehrere Jahre hinaus festgestellt werden, da man in der Schiffsbaukunst täglich neue Erfahrungen mache. Die Summe von 7 Millionen erscheine an sich nicht zu hoch, sie erscheine ihm aber zu hoch, ehe er nicht wisse, wie sich künftig der Militäretat stellen werde. Er würde deshalb nur die Ausgaben für dieses Jahr bewilligen können und die Summe sei wieder zu gering, um sie durch eine Anleihe aufzubringen, er würde dieselbe durch die Matrikularbeitrage aufbringen.

Abg. Meier (Bremen): Wolle man der Marine zu ihrer Ausrüstung nicht die nothwendigen Mittel bewilligen, so thue man besser zu erklären: wird sind zu arm, wir sind keine große Nation, wir können keine Marine errichten. Er glaube nicht, daß die ganze Einrichtung bei jeder Nation mit verhältnißmäßig so wenigen Kosten erfolgen könne, als bei uns. Er empfehle volle Bewilligung.

Bei der Spezialberathung des Etat macht Abg. Harkort einige Bemerkungen, die jedoch unverständlich bleiben.

Abg. Meier (Bremen) macht auf einige Gefahren beim Eingang des Hafens an der Jahde aufmerksam.

Bundes-Kommissar Vice-Admiral Jachmann: Die Regierung sei sich bewußt, daß das sogenannte Holdern gefährlich sei. Sie werde die Sache im Auge behalten und habe sich mit der oldenburgischen Regierung bereits in Vernehmen gesetzt. Dem Abg. Harkort wolle er bemerken, daß das Panzerschiff „Friedrich Karl" vertragsmäßig gebaut sei. Die Marine-Verwaltung unterstütze auch die Privat-Industrie im Lande. Es würden gegenwärtig in Berlin verschiedene Maschinen gebaut.

Der Etat wird genehmigt, ebenso ohne weitere Debatte der Gesetzentwurf wegen des Geldbedarfs der Marine-Verwaltung in zweiter Lesung.

Ohne Debatte werden ferner erledigt die Matrikular-Beiträge und endlich der Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung des Etats des norddeutschen Bundes für 1870. Derselbe schließe ab in Einnahmen von 75,958,495 Thlr., in fortdauernden Ausgaben von 71,752,106 Thlr. und in einmaligen und außerordentlichen Ausgaben von 4,206,389 Thlr.

Damit ist die Tagesordnung erledigt

Der Präsident Simson beraumt die nächste Sitzung auf Montag 11 Uhr an und setzt auf die Tagesordnung die erste Berathung der Branntweinsteuer und die Fortsetzung der Berathung der Gewerbeordnung.

Abg. Lasker beantragt Absetzung der Branntweinsteuer von der Tagesordnung, weil noch mehrere derartige Vorlagen erwartet würden, und es nothwendig sei, diese Vorlagen zusammen zu berathen.

Präsident Delbrück erklärt: Die Vorlage wegen des Wechselstempels liege dem ständischen Ausschusse des Bundesraths vor und werde voraussichtlich in kurzer Zeit zur Vorlage gebracht werden. Außerdem aber würden in nächster Woche noch zwei neue Steuervorlagen dem Bundesrathe vorgelegt werden.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag Lasker abgelehnt; es verbleibt also bei der vom Präsidenten bestimmten Tagesordnung. — Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 25. April. Se. Maj. der König empfing gestern Vormittags den Fürsten Abameleck, Kommandeur des 14. russischen Dragoner-Regiments, dessen Chef der Prinz Albrecht ist, hatte hierauf eine Unterredung mit dem Major im Generalstabe der ersten Garde-Infanterie-Division v. Lattre, welcher auf längere Zeit nach Florenz kommandirt ist, nahm hierauf eine Reihe militärischer Meldungen und die Vorträge des Polizeipräsidenten v. Wurmb, des General-Intendanten v. Hülsen, des Geh. Hofrathes Borck, des Civil- und Militär-Kabinets entgegen und ertheilte Audienz. Nach einer Ausfahrt konferirte der König mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck. Abends erschien der Hof theils im Schauspielhause, theils im französischen Theater. — Das Königspaar fährt heute Vormittags $9\frac{1}{2}$ Uhr mit den Prinzen und Prinzessinnen ꝛc. nach Potsdam, wohnt daselbst dem Gottesdienste in der Hof- und Garnisonkirche und darauf der Parade im Lustgarten bei, und nimmt sodann an dem Dejeuner im neuen Palais Theil.

— Se. Königl. Hoheit der Kronprinz, welcher am Donnerstag früh zur Truppenbesichtigung nach der Provinz Pommern gefahren war, ist gestern Mittags 1 Uhr in Begleitung des Chefs des Stabes 2. Armee-Korps Oberst v. Wichmann, Major Mitschke und des Adjutanten Hauptmann Jasmund von Stettin per Extrazug hierher zurückgekehrt. Eine Stunde darauf begaben sich die Kronprinzlichen Herrschaften nach Potsdam und nahmen im Neuen Palais daselbst die Sommerresidenz.

Berlin, 25. April. Internationale Konferenz für die Pflege verwundeter und erkrankter Krieger.

Dritte Sitzung Sonnabend den 24. April, 10 bis $11\frac{1}{4}$ Uhr.

Die Physiognomie der Versammlung ist die nämliche wie am Freitag, die Zahl der anwesenden Zuhörer und Zuhörerinnen aber geringer, die Hofloge bleibt leer.

Gleich bei der Eröffnung erklärt der Präsident, Geheimrath von Sydow, daß die Sitzung nur eine sehr kurze sein könne, weil der heutige Tag der Inspektion verschiedener, für die Militär-Krankenpflege höchst interessanter Institutionen gewidmet sei. Um $11\frac{1}{2}$ Uhr werde man sich zu Wagen nach der Königlichen Charité begeben, um die dort errichteten Baracken-Lazarethe und demnächst im Invalidenparke den daselbst begonnenen Neubau des Berliner Frauenlazareth-Vereins in Augenschein zu nehmen. Hierauf werde auf dem Artillerie-Exerzierplatze den Delegirten das Schauspiel der Uebung einer preußischen Krankenträgerkompagnie gegeben und demnächst vom Stettiner Bahnhofe aus eine Probe-Eisenbahnfahrt nach Bernau mit den neuesten, eigens für den Krankentransport hergerichteten Waggons veranstaltet werden, von wo Rückkehr um 4 Uhr Nachmittags stattfinde. — Im Weiteren wird die Besichtigung der in den Nebensälen des Abgeordnetenhauses arrangirten Ausstellung von Lazarethgegenständen und des im Hofe angebrachten amerikanischen Rohrbrunnens empfohlen, sowie endlich die Einladung zu der am Sonntag um 12 Uhr stattfindenden Extrafahrt nach Potsdam behufs der dort im Neuen Palais stattfindenden Galavorstellung nebst Dejeuner bei Hofe ausgesprochen.

Auf der Tagesordnung stehen die Fragen: 1) einer Verstärkung des Sanitätspersonals der kriegführenden Mächte durch Abordnung von Militärärzten neutraler Staaten auf dem Kriegsschauplatz; 2) der Neutralitätserklärung der Heilbäder.

Als erster Antragsteller und Referent für Punkt 1 erhält der preußische Regierungsdelegirte, Geheimer Ober-Medizinalrath und Prof. Dr. v. Langenbeck zunächst das Wort zur Motivirung des nach der Unterstützung durch 17 Delegirte der verschiedensten Nationalitäten in folgendem Wortlaut gebrachten Antrages:

Die internationale Konferenz zu Berlin beschließt: Die hohen, der Genfer Konvention beigetretenen Regierungen zu ersuchen, nachstehende Vereinbarung zu treffen und den Additionalartikeln der Genfer Konvention hinzuzufügen:

„Im Falle eines Krieges stellen die am Kriege nicht betheiligten Mächte eine der Größe ihrer Armee entsprechende Anzahl von Militärärzten zur Verfügung der kriegführenden Parteien, um dieselben zu dem Dienste der Verwundeten in den Kriegslazarethen zu verwenden. Die Entsendung der für diesen Zweck kommandirten Aerzte erfolgt unmittelbar nach erfolgter Kriegserklärung."

„Die für diesen Zweck kommandirten Militär-Aerzte treten unter den Befehl des Armeearztes derjenigen kriegführenden Macht, welcher sie zugetheilt worden sind."

Redner erklärt, daß nur die Grundidee von ihm ausginge, daß er zu seiner hohen Befriedigung die Absicht einer ähnlichen Antragstellung bei dem russischen General von Baumgarten und bei dem österreichischen Oberstabsarzt von Mundy gefunden habe, und daß er

sich glücklich fühlen werde, wenn sein Antrag zur Annahme und näheren Ausführung käme, weil erst dadurch die zu Genf ausgesprochene Neutralität des Sanitätspersonals zur Wahrheit würde. — Die Nothwendigkeit einer solchen internationalen ärztlichen Beistandsleistung ergebe sich aber unbedingt aus der Betrachtung des Umstandes, daß die heutige Art der Kriegführung immer große und schnell aufeinanderfolgende Schlachten mit einer übergroßen Zahl von Schwerverwundeten ergeben werde, für die selbst bei der besten Organisation der Sanitätspflege die Kriegführenden nicht das ausreichende und hinlänglich geübte ärztliche Personal haben würden, zumal ein Transport dieser Schwerverwundeten immer gefährlich sei, die Entsendung der oft obenein in der Behandlung Verwundeter ungeübten Privatärzte auf den Kriegsschauplatz aber — wie 1866 bei der Cholera in Berlin — einen für die Civilbevölkerung bedrohlichen Mangel an ärztlichen Kräften erzeugen werde. Freilich sei theilweise schon während der letzten Kriege eine solche Entsendung nicht den betheiligten Mächten angehöriger Militärärzte erfolgt, allein nicht um der Hülfsleistung willen, sondern um ihres Studiums halber; aber eben das hierdurch ausgedrückte Bedürfniß nach kriegsmäßig geübten Aerzten werde den Antrag in den Augen der Regierungen nur befürworten. (Lebhafter Beifall.)

Der Delegirte des russischen Central-Comité, Prof. v. **Hübbenett** findet es bedenklich, eine der Stärke der Armeen „entsprechende" Anzahl von Aerzten Seitens der neutralen Mächte zu verlangen und schlägt dafür die Forderung nur der für die Friedenspflege „entbehrlichen" Anzahl vor, will dieselben aber nicht nur zur Assistenz für die Verwundeten, sondern auch für die Erkrankten der kriegführenden Armeen beanspruchen und dies im Antrage ausgedrückt haben. — Baron v. **Mundy** hält die Annahme des Antrages für dringend nothwendig, um den „unvollkommenen humanitären Vertrag" der Genfer Konvention zur praktischen Geltung zu bringen und allmälig zu einem „internationalen Sanitätsbunde für Frieden und Krieg" heranzubilden. Er betrachtet mehrseitig die Frage, ob es zweckmäßig sei, die neutralen Aerzte direkt unter den Chefarzt einer der kriegführenden Mächte zu stellen rc.

In der weiteren Diskussion, an welcher theilnahmen Dr. v. Haurowitz, General v. Baumgarten (Rußland), Dr. v. Cazenowe, Graf v. Sérrurier (Frankreich), Bergrath Vischers (Belgien), Oberstlieutenant Staaf (Schweden), Dr. Virchow rc. wird es theils für rathsam gehalten, daß die Versammlung nur den Wunsch einer solchen Vereinbarung ausspreche (Belgien), theils wird unbedingt Hinzufügung zu den Additional-Artikeln gefordert (Oesterreich), theils wieder Unterbreitung des Beschlusses nur an das Genfer Central-Comité zur weiteren Veranlassung empfohlen (Rußland), theils Ueberweisung der Vertheilung der ärztlichen Kräfte an dieses Central-Comité gewünscht rc., bis endlich auf Antrag des Herrn v. Mundy und des Obersten Hammer (Schweiz) der Wichtigkeit des Gegenstandes halber die Beschlußfassung vertagt und die Sitzung geschlossen wird, worauf sich dann die Delegirten in die vor dem Hause angefahrenen Königlichen und Mieths-Equipagen begaben, welche ihnen für die im Eingange erörterten Besichtigungen zur Disposition gestellt worden waren.

Nächste Sitzung: Montag 10 Uhr.

Aachen, 16. April. Gestern und vorgestern stand vor den Assisen ein Vater, angeklagt, am 2. Dezember 1868 seinen leiblichen Sohn vorsätzlich getödtet zu haben. Beide wohnten zu Rathheim in einem Hause zusammen und lebten gemeinschaftlich von dem Erlöse der von ihnen gefertigten Drechlerwaaren. Der Sohn war seit dem 22. November v. J. verheirathet. Ueber die Theilung des Erlöses einer Partie Waaren, welche der Sohn am 1. Dezember v. J. verkauft hatte, war am 2. zwischen Vater und Sohn Streit entstanden, der mit einem tödtlichen Pistolenschuß des Erstern auf den Letztern endigte. Der Gerichtshof verurtheilte ihn zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe.

Darmstadt, 24. April. Die erste Kammer bewilligte in der heutigen Sitzung die vom Kriegsministerium acceptirte Pauschalsumme von 3,066,918 Fl. für Militärzwecke, unter Ablehnung des Beschlusses der zweiten Kammer: die Verwilligung von der Vereinbarung des Militär-Pensionsgesetzes abhängig zu machen. Ein Ministerialschreiben, welches der Regierungskommissar verliest, verspricht in Betreff des beantragten Aufschubs der Zahlung erhöhter Gagen und Löhnungen bis zum 1. Juli d. J. die Verwendung des Bundeskanzlers bei dem Bundesfeldherrn.

Ausland.

Wien, 24. April. Reichsrath. Spezialdebatte über das Volksschulgesetz. Grocholski erklärt im Namen der Polen, Toman Namens der Slovenen und Giovanelli im Namen der Tyroler vor der Debatte, daß sie sich der Abstimmung über das Volksschulgesetz, unter Wahrung des verfassungsmäßigen Standpunktes, enthalten würden. Der Präsident erklärt, daß bei dem Zustandekommen eines Gesetzes verfassungsmäßig eine Verwahrung nicht angenommen werden könne. Hierauf verlassen die Polen, Tyroler und Slovenen die Sitzung. Nach kurzer Unterbrechung werden die Verhandlungen wieder aufgenommen und die Spezialdebatte fortgesetzt. Im Laufe der Diskussion werden alle angemeldeten Amendements zurückgezogen und der Gesetzentwurf fast ohne Debatte in dritter Lesung bei namentlicher Abstimmung mit 111 gegen 4 Stimmen angenommen.

Brüssel, 24. April. „Etoile belge" schreibt der belgischen Regierung die Absicht zu, eventuell die Entscheidung des Konflikts dem schiedsrichterlichen Spruche der europäischen Mächte zu übertragen. — Der Finanzminister Frère-Orban wird heute hier erwartet; derselbe wird am Dienstag in der Deputirtenkammer die erforderlichen Aufschlüsse geben.

Brüssel, 25. April. „Echo de parlement" meldet offiziös Betreffs der Verhandlung zwischen Frankreich und Belgien, daß das Stadium der Verhandlungen in Paris abgeschlossen sei.

Paris, 24. April. Der belgische Staatsminister Frère-Orban hat gestern eine längere Konferenz mit dem Kaiser gehabt und darauf dem Marquis de Lavalette eine neue Ausarbeitung über die französischen Vorschläge eingereicht.

London, 23. April. Aus Greenock (Hafen von Glasgow) wird eine traurige Geschichte von einem Schiffbruch gemeldet, bei welchem der Kapitän sich allein zu retten vermochte, nachdem seine Frau und 4 Kinder den Tod in den Wellen gefunden hatten. Die Schmacke „Nelly", Kapitän Watson, mit einer Kohlenfracht an Bord, wurde in einem heftigen Sturme bei Belfast leck und fing an zu sinken. Der Kapitän (und Eigenthümer), welcher mit seinen beiden Söhnen von 14 bez. 12 Jahren allein die Leitung des Fahrzeugs übernommen hatte, alarmirte sofort seine Frau und drei Töchter (letztere im Alter von 10, 8 und 6 Jahren) und rief ihnen zu, aufs Deck zu kommen. Doch unmittelbar darauf ging das Fahrzeug unter. Watson sprang in ein kleines an Bord befindliches Boot, seine beiden Söhne aber waren nicht so glücklich. Der Eine ging mit dem Fahrzeuge unter: und der Andere, welcher sich durch ein vom Vater hingehaltenes Ruder rettete, starb im Boot. Watson trieb noch 16 Stunden lang umher, dann wurde er von der norwegischen Brigg „Cuba" an Bord genommen, nachdem er Alles, seine ganze Familie und sein ganzes Eigenthum, verloren hatte. Nicht einmal so viel war ihm geblieben, daß er die Begräbnißkosten für seinen Sohn aufbringen konnte.

Florenz, 24. April. Die Auseinandersetzungen, welche zwischen den hervorragendsten Mitgliedern des Kabinets und den Führern der Rechten, der Mittelpartei und der Permanente stattgefunden haben, ergeben, daß die Ansichten derselben über politische Prinzipien oder über wichtige Fragen der auswärtigen und Finanzpolitik, sowie der innern Verwaltung nicht wesentlich auseinandergehen. Es ist demnach eine Koalition dieser Parteien zu erwarten, welche wahrscheinlich eine Veränderung des Ministeriums zur Folge haben wird. Graf Menabrea und Graf Cambray-Digny werden jedoch die Führung des Kabinets behalten.

— Es ist hier ein Mazzinistisches Centrum entdeckt worden, welches mit den Anstiftern der Verschwörung in Mailand in Verbindung steht. Waffen, Bomben und Proklamationen sind heute von der Polizei mit Beschlag belegt und mehrere Personen verhaftet.

Florenz, 24. April. Die Untersuchungen Betreffs der Verschwörung in Mailand haben nachgewiesen, daß sie sich gänzlich auf die Mazzinische Partei beschränkt, ohne daß die Anhänger Garibaldi's sich dabei betheiligt haben. — Der Finanzminister Graf Cambray-Digny hat einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach das provisorische Budget bis Ende Juni bewilligt werden soll.

Madrid, 24. April. Dem gestern gefaßten Antrage der republikanischen Partei entgegen, beschlossen die Unionisten und Progressisten einen Gegenantrag vorzulegen, worin erklärt wird, daß eine derartige Berathung unstatthaft sei, da die Regierungsform noch gar nicht zur Abstimmung gekommen und die Ausschließung der Königin Isabella vom Thron jetzt eine vollbrachte Thatsache sei.

— In der heutigen Sitzung der Kortes erklärte Olozaga, daß Frankreich jede Entscheidung der Kortes in Betreff der künftigen Regierung respektiren werde.

Kopenhagen, 24. April. Anknüpfend an die Rückkehr des Kriegsministers aus Washington, veröffentlicht „Dagbladet" einen Artikel, welcher die zuversichtliche Hoffnung auf den Verkauf der westindischen Inseln ausspricht und sich zugleich bedauernd über das wenig rücksichtsvolle Verfahren der nordamerikanischen Regierung äußert. Das Blatt fügt hinzu, daß ein Nichtzustandekommen des Verkaufs wahrscheinlich die Demission Raaslöff's veranlassen würde, welche den Rücktritt des gesammten Ministeriums nach sich ziehen dürfte.

Athen, 24. April. Der König, der Prinz und die Prinzessin von Wales werden heute nach Korfu abreisen; der Prinz Friedrich von Dänemark bleibt, da er erkrankt ist, in Athen.

Bombay, 23. April. Der Emir von Badakschan und sämmtliche Häuptlinge Turkestans haben Schir Ali Vasallentreue gelobt. Der Sohn Azims floh über den Oxus.

Pommern.

Stettin, 26. April. In der heutigen General-Versammlung der Aktionäre der „Ritterschaftlichen Privatbank von Pommern" wurde auf Grund des Jahresberichtes des Kuratoriums pro 1868 die Dividende von 25 Thlr. pro Aktie (oder 5 pCt. des Aktienkapitals), die Uebertragung des Gewinn-Restes von 598 Thlr. 25 Sgr. 3 Pf. und die Gewährung einer Gratifikation von 1600 Thlr. an die Beamten der Bank genehmigt und darauf das ausscheidende Mitglied des Kuratoriums, Herr Kreisgerichts-Rath a. **Kolbe** durch Akklamation wiedergewählt. Schließlich autorisirte die Versammlung das Kuratorium, bei der Königl. Staatsregierung die Prolongation des mit dem 1. Januar k. Js. ablaufenden Rechtes zur Ausgabe von 1 Mill. Thaler Banknoten zu beantragen, die in Folge davon nöthig werdenden Statutänderungen mit der Regierung zu vereinbaren und rechtsverbindlich für die Gesellschaft zu vollziehen. — Nach dem Verwaltungsberichte des Direktoriums beträgt pro 1868 der Gesammtumsatz 138,634,305 Thlr. 6 Sgr. 2 Pf., die durchschnittliche Banknoten-Cirkulation 880,097 Thlr. Die Depositenbestände betrugen ultimo Dezember 842,265 Thlr.; der Umsatz im Wechselgeschäft betrug 31,744,876 Thlr. 24 Sgr. 10 Pf., der Umsatz im Effektengeschäft 166,662 Thlr. 4 Sgr. 9 Pf., im Lombardgeschäft 5,091,429 Thlr. 28 Sgr., im Konto-Kurrentgeschäft 43,439,328 Thlr. 27 Sgr. 10 Pf. Die Verwaltungskosten beliefen sich auf 33,778 Thlr. 4 Sgr. 9 Pf., der Bruttogewinn betrug 165,963 Thlr. 4 Sgr. 7 Pf., der Nettogewinn 105,343 Thlr. 7 Sgr. 10 Pf. Hiervon fließen zum Reservefonds 9794 Thlr. 12 Sgr. 7 Pf., zur Vertheilung gelangen auf 3798 Aktien 94,950 Thlr. Der Reservefonds betrug ultimo Dezember v. J. 215,566 Thlr. 19 Sgr. 6 Pf. Von den ursprünglich deponirten 500,000 Thaler Staatsschuldscheinen sind noch zu realisiren 356,000 Thlr. — Die Dividende kann von heute ab erhoben werden.

— Der Zugang zum „Julo" ist jetzt durch vorgezogene Zäune faktisch gesperrt und waren während des gestrigen ganzen Nachmittags von Seiten der Eigenthümer Wachen aufgestellt, welche Jeden, der Miene machte, den Julo zu betreten, mit sofortiger Pfändung bedrohten.

— Bei der vorgestrigen Ziehung ist ein Lotteriegewinn von 10,000 Thlr. auf die Nummer 16,368 in die Kollekte des Herrn **Schreyer** hierselbst gefallen.

— Der Oberförster **Hahn** zu Eggesin ist nach Peisterwitz, Regierungsbezirk Breslau, versetzt und die Oberförsterstelle zu Eggesin hat der zum Oberförster ernannte Ober-Försterkandidat und Tit.-Revierförster **Vollmer** zu Lauterberg am Harz erhalten.

— Unsere geehrten Leser machen wir auf die Vorstellungen des Herrn **Patek** im Schützenhause aufmerksam. Dieselben zeigen, wie weit die Thierwelt durch die Bemühungen der Menschen emporgehoben werden kann. Die Hunde sind so weit gebildet, daß der Hund Schnapsl die Zahlen, welche man ihm vorspricht auf dem Tische aufsucht, die Zahlen bis 100 addirt, subtrahirt, multiplizirt und dividirt, ohne einen Fehler zu machen, daß er vorgeschriebene Worte aus Buchstaben zusammensetzt rc. Es sind dies Vorstellungen, welche dem Psychologen Räthsel aufgeben und die Niemand unbefriedigt verlassen wird. Für die Unterhaltung ist durch Kunststücke aller Art gesorgt, welche die Hunde mit vieler Geschicklichkeit und Präzision ausführen.

— Der Bauinspektor **Wernicke** ist zum 1. Juli d. J. von Stargard nach dem Regierungsbezirk Wiesbaden versetzt.

— Am Sonnabend fand unter Betheiligung fast sämmtlicher Meister der hiesigen Schlosser-Innung zu Ehren des aus seinem Amte scheidenden Herrn Stadtrath **Weichard** im „Hotel de Prusse" ein Abendessen statt. Herr Stadtrath Weichard, welcher 20 Jahre als Beisitzer der Innung fungirt, hat sich während dieser Zeit durch seine würdige Leitung die allgemeine Liebe und Achtung sämmtlicher Innungsmeister verdient und wurde demselben als Zeichen des Dankes ein silberner Pokal mit entsprechender Inschrift überreicht. — Unter Ausbringung verschiedener Toaste, bei welchen auch mehrerer zur Innung gehörender Veteranen in ihrender Weise gedacht wurde, verlief das Fest in freudiger Stimmung und wird dasselbe gewiß allen Theilnehmern eine angenehme Erinnerung sein.

— Im Laufe des gestrigen Vormittags ist die Feuerwehr zweimal allarmirt worden. Etwa um $9\frac{3}{4}$ Uhr rückte dieselbe nach dem Hause Petrikirchstraße Nr. 3—4 aus, woselbst in der Werkstatt des Tischlermeistrs **Kuschkoll** Hobelspähne und einige Bretter in Brand gerathen waren. Die Leute des K. hatten das Feuer beim Eintreffen der Feuerwehr bereits gedämpft. — Gegen $10\frac{1}{2}$ Uhr wurde letztere nach dem Hause kleine Domstraße Nr. 3 beordert. Dort brannte in der 2 Treppen hoch belegenen Mandelbrennerei des Zuckerwaarenfabrikanten **Krey** der Fußboden, indessen gelang es der Feuerwehr sehr bald, den Brand mittelst Anwendung der Handspritze zu dämpfen, so daß der Schaden nur unbedeutend war. Dies Feuer ist muthmaßlich dadurch entstanden, daß zwischen den Fugen der nur $\frac{1}{2}$ Stein starken Unterlage der Feuerung glühende Kohlen auf die darunter befindliche Holzunterlage gefallen sind und letztere entzündet haben.

— Heute Mittag rückte die Feuerwehr nach dem Gasthofe „zur grünen Eiche" auf der Lastadie aus, von wo aus Feuer gemeldet war, indessen erwies sich die Meldung als irrthümlich und kehrte die Feuerwehr deshalb sofort nach ihrer Station zurück.

Cöslin, 25. April. Der Bau des hiesigen Seminars ist vorläufig auf ein Jahr ausgesetzt worden.

☐ **Stralsund,** 25. April. Kaum war das Gesetz wegen der neuen Häusersteuer in Kraft getreten, so hatte der hiesige Rath unter Zustimmung des bürgerschaftlichen Kollegiums beschlossen, diese Steuer vorläufig noch um die Hälfte zu erhöhen. Das erregte namentlich in einer Zeit, wo der Verkehr darniederliegt, bei einem großen Theile der Steuerzahlenden Mißstimmung. Einzelne derselben weigerten sich zur Zahlung der Mehrquote, mußten aber schließlich doch nachgeben, wenn sie sich nicht der Pfändung aussetzen wollten. Die städtische Behörde ist, so viel wir wissen, von ihrem Projekt nicht abgegangen; denn der Stadtsäckel ist durch die vielfachen neueren Bauten sehr angegriffen. Hierzu kommt noch, daß im Anfang des Jahres 1868 der nördliche Theil des Hafens durch die sich hochthürmende und bei anhaltenden Nordostwinden mit ungeheurer Kraft gegen die alten Hafenbauten drückende Eisdecke demolirt wurde, und zur Wiederherstellung oder Verhütung ähnlicher Gefahr, von der schon die zur genannten Zeit im Hafen im Eise liegenden Schiffe bedroht waren, bedeutende Geldmittel gehören. Der bekannte Reichthum der Stadt Stralsund hat daher nicht ausgereicht, dieselbe gegen momentane Verlegenheiten zu schützen. Was die Alten für uns sparten, das bringt die neuere Generation in Fluß und in die Wege des Verkehrs; freilich mit voller Berechtigung, wenn, wie hier, die vorhandenen Mittel zum Wohle des Ganzen angewandt werden.

Colberg, 24. April. In diesen Tagen ist in Pobloth ein ziemlich reicher Münzfund gemacht worden, welcher um so wichtiger erscheint, als er ausschließlich aus pomm. Städtemünzen — Wittpfennigen, Vierchen, Finkenaugen — aus dem 13. Jahrhundert zu bestehen scheint, einer Periode, aus welcher pommersche Münzen nur höchst selten vorkommen. Unter denselben befinden sich Stadt Gollnow (zwei Halbmonde mit vier Steinen) mit 1 Stück, Stargard (Marktmeisterei und Greif) mit 3 Stück, Garz (Nesselblatt mit Greif) mit 1 Stück, Colberg (Bischofstäbe und Mytra und Mauerthurmthor mit Mytra und Salzpfannhaken) mit 2 Stück vertreten und nur 1 Stück (sechseckiger Stein) schien auf Sonnenwalde hinzudeuten, wenn nicht auch pommersche Städte unter diesem Stadtzeichen Münzen geschlagen haben sollten. Die Münzen sind hiernach sämmtlich zweiseitigen Gepräges.

Lauenburg, 25. April. Die zu Rathsherren gewählten Maurermeister **Neitzel** und Kaufmann **Nickel** sind als solche von der Königl. Regierung zu Cöslin bestätigt worden.

Börsen-Berichte.

Stettin, 26. April. Witterung: schön. Wind NO. Temperatur + 16 ° R.

An der Börse.

Weizen flau und weichend, per 2125 Pfd. loco gelber inländ. 61–64 Rt, bunter poln. 61 62 Rt, weißer 63 65 Rt, ungar 50—56 Rt, 83—85pfd. gelber Frühj. 64 Rt bez, Mai-Juni 64, $63\frac{5}{8}$ Rt bez., Juni-Juli $64\frac{1}{2}$, $63\frac{3}{4}$ Rt bez. u. Gd, Juli-August 65, $64\frac{1}{2}$ Rt bez. u. Gd.

Roggen flau und weichend, per 2000 Pfd. loco 49, 50 Rt, feinster $50\frac{1}{4}$ Rt, Frühjahr $50\frac{1}{4}$, $49\frac{1}{2}$ Rt bez u. Gd., Mai-Juni $49\frac{1}{2}$, 49, $48\frac{3}{4}$ Rt bez. u. Gd., 49 Br., Juni-Juli 49, $48\frac{3}{4}$ Rt bez., Juli-August $47\frac{1}{2}$ Br, 47 Rt Gd.

Gerste ohne Geschäft, pr. 1750 Pfd. loco ungar. 37—43 Rt

Hafer still, pr. 1300 Pfd. loco 32—34 Rt, 47—50pfd. Frühj. 35, $34\frac{3}{4}$ Rt bez. u. Br., Mai-Juni $33\frac{1}{2}$ Rt Br.

Erbsen matt, pr. 2250 Pfd. loco Futter- 52—53 Rt, Koch- 56 Rt

Mais pr. 100 Pfd. $58\frac{1}{2}$ Sgr. bez.

Rüböl etwas höher bezahlt, loco $10\frac{1}{2}$ Rt Br., kleine Parthien billiger offerirt, per April-Mai $10\frac{1}{3}$, $\frac{5}{12}$, $\frac{1}{3}$ Rt bez. u. Br, September-Oktober $10\frac{1}{3}$, $\frac{3}{8}$, $\frac{5}{12}$, $\frac{11}{24}$, $\frac{1}{2}$ Rt bez., November-Dezember $10\frac{7}{12}$ Rt bez.

Spiritus behauptet, loco ohne Faß 16 Rt bez., Frühj. $16\frac{1}{8}$, $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{6}$ Rt bez. u. Gd., Mai-Juni 16 Rt Br. u. Gd, Juni-Juli $16\frac{1}{4}$ Rt Br, Juli-August $16\frac{1}{2}$ Rt bez. u. Br., $16\frac{1}{3}$ Gd., August-September $16\frac{2}{3}$ bez.

Angemeldet: 50 Wispel Weizen, 400 Wispel Roggen, 600 Centner Rüböl, 60,000 Quart Spiritus.

Regulirungs-Preise: Weizen 64, Roggen 50, Rüböl $10\frac{1}{3}$, Spiritus $16\frac{1}{6}$.

Stettin, den 26 April.

Hamburg	6 Tag.	$151\frac{1}{2}$ bz
"	2 Mt.	—
Amsterdam	8 Tag.	142 G
"	2 Mt.	—
London	10Tag.	6 $25\frac{3}{4}$ bz
"	3 Mt.	—
Paris	10 Tg.	—
"	2 Mt.	$81\frac{7}{12}$ bz
Bremen	3 Mt.	
St. Petersbg.	3 Wch.	$87\frac{3}{8}$ G
Wien	8 Tag	—
"	2 Mt.	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 5 %
Sts.-Anl. 54 57	$4\frac{1}{2}$	—
" "	5	—
St.-Schldsch.	$3\frac{1}{2}$	—
P. Präm.-Anl.	$3\frac{1}{2}$	—
Pomm. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	—
" "	4	—
" Rentenb.	4	—
Ritt. P.P.B.A.	4	—
Berl.-St. E. A.	4	—
" Prior.	4	—
" "	$4\frac{1}{2}$	—
Starg.-P. E.A.	$4\frac{1}{2}$	—
" Prior.	4	—
St. Stadt-O.	$4\frac{1}{2}$	$91\frac{1}{2}$ B
St. Börsenhaus-O.	4	—
St. Schauspielh.-O.	5	—
Pom. Chausseeb.-O.	5	—
Greifenhag. Kreis-O.	5	—
Pr. National-V.-A.	4	116 B
Pr. See-Assecuranz	4	—
Pomerania	4	115 B
Union	4	—
St. Speicher-A.	5	—
Ver.-Speicher-A.	5	—
Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
N. St. Zuckersied.	4	—
Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Bredower "	4	—
Walzmühle	5	—
St. Portl.-Cementf.	4	—
St. Dampfschlepp G.	5	—
St. Dampfschiff-V.	5	—
Neue Dampfer-C.	4	96 B
Germania		—
Vulkan		160 G
St. Dampfmühle	4	105 bz
Pommerensd. Ch. F.	4	—
Chem. Fabrik-Ant.	4	—
St. Kraftdünger-F.	—	—
Gemeinn. Bauges.	5	—
Grabow Stadt-Obl.	5	—